

ÖVP Bildungskonzept – Eine Bestätigung des "Vorarlberger Irrweges"

Pröll blockiert weiterhin die Gemeinsame Schule

Die ÖVP spricht sich in ihrem Bildungskonzept für einen flächendeckenden Umbau der Hauptschulen in die Neuen Mittelschulen aus, blockiert aber weiter die Einführung der Gemeinsamen Schule: „die Mittelschule kommt, Gymnasium bleibt“. Pröll zementiert also die alt bekannte ÖVP-Linie, nimmt die strukturellen Mängel der aus dem 19. Jahrhundert stammenden zweigliedrigen Schulorganisation in Kauf und begründet dies damit, dass "der Einheitsbrei ... zur Nivellierung nach unten" führt. Er widerspricht damit allen Experten und internationalen Studien, die die Bildungsentscheidung mit zehn Jahren für zu früh halten. Die Bundes – ÖVP reagiert damit vor allem auf den Wunsch VP-regierter Bundesländer. Sachpolitik ist wieder einmal Nebensache!

Josef Pröll bestätigt auch seine bisherige Position, dass die Diensthoheit über alle Lehrer/innen an die Bundesländer übertragen werden soll. Das wird seinen Onkel Erwin aus Niederösterreich freuen.

„Das neue VP-Bildungskonzept ist nur ein Trippelschritt, Fortschritt wird nur simuliert: Änderungen kommen nur auf Druck der Bundesländer“, schreibt dazu Alexandra Förderl-Schmid in ihrem Kommentar.

Kindergarten „als Wiege des Bildungserfolges“

Das ÖVP – Bildungskonzept erkennt den Kindergarten als „Wiege des Bildungserfolges“ und sieht ein flächendeckendes Angebot auch für Dreijährige und eine teilweise verpflichtende sprachliche Frühförderung vor. **Wunderbar, aber** warum hat die Regierung, vor allem auf Druck der ÖVP (Wirtschaftsminister Mitterlehner) im Dezember die massive Kürzung der Familienleistungen umgesetzt, die Einstellung der bisherigen (2008 bis 2010) Förderung für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und die Streichung der jährlichen fünf Millionen Euro für die sprachliche Frühförderung in Kindergärten angekündigt? Es war Wirtschaftsminister Mitterlehner (ÖVP) der mehr Geld für Kinderbetreuungsplätze statt direkte finanzielle Zahlungen an die Familien als die dringend erforderliche Verbesserung der Familienpolitik in Österreich ankündigte.

Die massive Kürzung der Familienleistungen als ein Teil der Ankündigung Mitterlehners hat die Regierung im neuen Sparpaket (Bankenrettungsfinanzierungspaket) genauso konsequent umgesetzt, wie sie von mehr Geld für die Kinderbetreuung nichts mehr wissen will. Mehr noch, Mitterlehner will die bisherige (2008 bis 2010) Förderung für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen einstellen.

Das Ende einer erfolgreichen Geschichte, die dringend fortgesetzt werden sollte: 17.000 neue Kinderbetreuungsplätze und ganz nebenbei 6.000 neue Arbeitsplätze.

Das passt nicht zusammen – das eine fordern, das andere tun! Es ist zu befürchten, dass die ÖVP aufgrund ihrer schlechten Umfragewerte medienwirksam Bewegung im Bildungsbereich fordert und damit Handlungskompetenz vorgibt, aber in der Umsetzung weiterhin am derzeitigen unbefriedigenden System festhält.

Also – noch nichts Neues im neuen Jahr in der Bildungspolitik!

Nichts Neues und schlimmer als erwartet!

Normalerweise haben schlechte politische Programme zumindest einen Nutzen – man kann sie als Beispiel dazu verwenden, wie es ganz sicher nicht gemacht werden darf, um ein

gesellschaftspolitisch wünschenswertes Ziel zu erreichen. Das neue Schulprogramm der ÖVP ist dafür unbrauchbar, weil ihm jegliche intellektuelle und fachliche Substanz bezüglich Bildungsinnovation fehlt. Oder richtiger formuliert, das neoliberale und reaktionäre „Geplapper“ soll Substanz vortäuschen. Das gelingt aber nicht. Zu ungeniert und in einer bisher noch nie erfolgten Klarheit formuliert die ÖVP, dass ihr und ihrer Klientel ein abgrundtief zynisches unsoziales Bildungssystem allemal lieber ist, als eine für alle Schichten faire Schule, die für alle eine hervorragende und nachhaltige Bildung ermöglicht. Die gesellschaftlichen Kollateralschäden als Folge ihres Tuns interessiert sie (die ÖVP) nicht. Das ist zumindest für durchschnittlich politisch Informierte inhaltlich nichts Neues. Neu ist die Offenheit, mit der eine durch reaktionäres und kleinbürgerliches Denken getragene Gesellschaftspolitik von einer in Regierungsverantwortung stehenden Partei kommuniziert wird.